

FRANK SCHÄFFLER | BERND REUTHER
(Hrsg.)

AUFSTIEG

16 Vorschläge für die Zukunft Deutschlands

FBV

Mit einem Vorwort von
WOLFGANG KUBICKI

© des Titels »Aufstieg« (ISBN 978-3-95972-417-3)
2020 FinanzBuch Verlag, ein Imprint der Münchner Verlagsgruppe GmbH, München
Nähere Informationen unter: <http://www.m-vg-verlag.de>

VORWORT

Wolfgang Kubicki

Wolfgang Kubicki, Jahrgang 1952, trat 1971 in die FDP ein. Dem Kieler Landtag gehörte er von 1992 bis 2017 an. Zwischen 1989 und 1993 war er Landesvorsitzender der FDP Schleswig-Holstein und Mitglied des Bundesvorstands. 1992/93 und von 1996 bis 2017 war er Vorsitzender der FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Er kandidierte insgesamt bei sieben Landtagswahlen als Spitzenkandidat der Liberalen und erreichte 2009, 2012 und 2017 die drei besten Wahlergebnisse in der Geschichte seiner Partei. Wolfgang Kubicki ist seit 2013 stellvertretender Bundesvorsitzender der Freien Demokraten. Seit 2017 gehört er wieder dem Bundestag an. Er wurde Ende Oktober 2017 zum Vizepräsidenten des Deutschen Bundestags gewählt. Er ist Rechtsanwalt. Wolfgang Kubicki ist in dritter Ehe mit der Strafrechtlerin Annette Marberth-Kubicki verheiratet und hat zwei Kinder.



© des Titels »Autiege« (ISBN 978-3-95972-417-3)
2020 FinanzBuch Verlag, ein Imprint der Münchner Verlagsgruppe GmbH, München
Nähere Informationen unter: <http://www.m-vg-verlag.de>

Die folgenden Sätze sind mehr als 60 Jahre alt, doch sie sind heute noch genauso richtig wie damals:

»Erziehung und Bildung sollen allen Menschen die Möglichkeit geben, ihre Anlagen und Fähigkeiten unbehindert zu entfalten. Sie sollen die Widerstandskraft gegen die konformistischen Tendenzen unserer Zeit stärken. Kenntnis und Aneignung der überlieferten kulturellen Werte und Vertrautheit mit den formenden Kräften des gesellschaftlichen Lebens der Gegenwart sind Grundlagen unabhängigen Denkens und freier Urteilsbildung.«¹

Diese Worte entstammen dem berühmten Godesberger Programm der SPD vom November 1959. Sie waren Teil des Aufstiegsversprechens, das zehn Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik nun auch die Sozialdemokratie den Westdeutschen geben wollte. Fortan war in der Bonner Republik unbestritten, dass persönlicher Aufstieg nur in einer freien Welt, in einem freien Wirtschaftssystem und einem freien und mündig machenden Bildungssystem stattfinden kann.

Es war Konsens in der Wiederaufbaugesellschaft, dass sich Leistung lohnen sollte. Wer sich anstrengte, der sollte mehr davon haben als jemand, dessen berufliche und persönliche Ambitionen nicht nach oben, sondern eher »seitwärts« ausgerichtet waren. Es war ein positives Leistungsverständnis, das unsere volkswirtschaftliche Kraft in einem zuvor ungeahnten Maße steigerte. Jeder sollte gemäß seinen Fähigkeiten und Neigungen alles erreichen können – wenn er sich genug anstrengte.

Heute, gut 60 Jahre und mindestens eine Bildungsexpansion später, müssen wir feststellen, dass die Offenheit für den Leistungsgedanken in weiten Teilen der politischen Landschaft deutlich kleiner geworden ist. Wenn Schulnoten nicht mehr gegeben werden sollen, um junge Menschen in der Phase der Adoleszenz angeblich nicht zu verunsichern, wenn Anforderungen an Abiturprüfungen reduziert werden müssen, um einen schlechten Notendurchschnitt zu verhindern, wenn Leistungsträger von politischen Akteuren öffentlich als faule und asoziale Solidaritätsverweigerer dargestellt werden, dann bekommt der Leistungsgedanke einer Gesell-

schaft erhebliche Risse – oder schlimmer noch: Junge Menschen lernen, dass Leistung und Anstrengung für weniger wichtig erklärt und nicht mehr die zentralen Maßstäbe für den Erfolg werden. Das ist fatal, denn wie kann der Aufstieg sonst begründet werden, wenn nicht mit besonderen Leistungen?

In den vergangenen Jahren bekam diese Entwicklung eine neue Dynamik: Viele Abiturienten mussten feststellen, dass sie zwar die allgemeine Hochschulreife verliehen bekommen haben, ihnen aber die tatsächlichen Fähigkeiten für ein Hochschulstudium fehlten. Manche Professoren beklagten einen »Akademisierungswahn«, der dazu geführt habe, dass junge Menschen glaubten, nur ein Hochschulstudium könne ihnen ein chancenreiches Leben garantieren.

Der Aufstiegsgedanke hat sich in Deutschland in den vergangenen Jahren also leider formalisiert und verhärtet, weil er sich sehr stark auf den Zweiklang Abitur und Studium fokussiert hat. Der durchaus verständliche politische Wunsch nach einer Erhöhung der Abiturientenquote hat am Ende allerdings dazu beigetragen, sowohl die betriebliche Ausbildung als auch das Abitur selbst zu entwerten. Eine Karriere als Meister ist für viele offenbar nicht so viel wert wie die Karriere eines Masters.

Die Hoffnung, die sich mit der höheren Abiturquote verband, nämlich die Verbesserung der Chancengerechtigkeit, hat sich in weiten Teilen nicht erfüllt. Ende 2018 stellte die OECD ernüchternd fest, dass die Bildungschancen in Deutschland immer noch stark vom Elternhaus abhängig sind. Die Corona-Krise hat das Übrige getan, dass sich diese Kluft vergrößerte.

Diese Entwicklung sollte uns nicht ängstigen, sondern Ansporn geben, die politischen Weichen wieder richtig zu stellen. Die wichtigste Aufgabe des freiheitlichen Staates ist die Verwirklichung der Chancengleichheit am Start und die Ermöglichung von Ungleichheit im Ziel. Jeder Mensch muss die gleiche Möglichkeit bekommen, jedes persönliche Aufstiegsziel zu erreichen. Die Möglichkeit zum Aufstieg ist die notwendige Voraussetzung für die individuelle Freiheit.

Insofern brauchen wir wieder eine positive Sichtweise auf Leistung und Leistungsträger – und keine einfältigen stigmatisierenden Diffamierungen. Wir brauchen ebenfalls eine respektvolle Kultur des Scheiterns, denn

besondere Leistungen werden oft durch besondere Wagnisse erzielt. Es gehört zu einer offenen und freien Gesellschaft, dass sie dem Scheiternden immer eine neue Chance gibt und ihn im Scheitern nicht noch mit Spott übergießt.

In der Fußballbundesliga wird das Ringen um den Aufstieg zelebriert. Der Absteiger bekommt in der kommenden Saison eine faire Chance, wieder aufzusteigen. Warum sollte diese Fairness nicht auch im Berufs- und Geschäftsleben gelten?

Dieses Buch möchte das Thema »Aufstieg« von verschiedenen Seiten beleuchten. Die Autoren werden Vorschläge für ein aufstiegsfreundliches Deutschland präsentieren, ihre individuelle Aufstiegsgeschichte erzählen und werden darlegen, was zu tun ist, um Menschen zu befähigen, ihre eigenen Lebensziele zu erreichen.

Die Lektüre der folgenden Beiträge wird spannend und aufschlussreich zugleich sein. Sie sind sicher nicht allumfassend, aber eine gute Grundlage, das eigene Denken anzuregen.

Wolfgang Kubicki

KAPITEL 1

DAS AUFSTIEGSPRECHEN ERNEUERN

Frank Schäffler

Frank Schäffler, Jahrgang 1968, stammt aus Bünde in Ostwestfalen-Lippe, ist verheiratet und hat zwei Kinder. Der Diplombetriebswirt (FH) war von 2005 bis 2013 Mitglied des Deutschen Bundestags und seit 2017 erneut.

Er ist Vorsitzender der Arbeitsgruppe Steuern und Finanzen der Fraktion der Freien Demokraten im Bundestag. Er ist Gründer und Geschäftsführer des klassisch-liberalen Thinktanks Prometheus – Das Freiheitsinstitut gGmbH.



Der amerikanische Traum ist der Traum vom Aufstieg: Der Traum, vom Tellerwäscher zum Millionär zu werden, aus der Garage heraus ein Weltunternehmen wie Apple oder Microsoft aufzubauen oder über den Leistungssport beim Basketball, American Football oder Baseball den sozialen Aufstieg zu schaffen. Dieser Mythos trägt noch heute dazu bei, dass es Menschen in den USA immer wieder und wahrscheinlich auch besser gelingt, erfolgreich zu werden.

Doch auch bei uns gab es diesen Traum. Quelle und Neckermann schrieben im Nachkriegsdeutschland Erfolgsgeschichte. Später gehörte auch die Gründung der SAP vor fast 50 Jahren dazu. Im Sport sind Fußballer wie Fritz Walter, Uwe Seeler und Lothar Emmerich heute noch Legenden. Das politische Leitbild der Nachkriegszeit war das Aufstiegsversprechen. Das daniederliegende Deutschland hatte einen enormen Bedarf an Gütern. Alles war zerstört, Wohnungen waren knapp, die Souveränität des Landes eingeschränkt. Zu Beginn dieser jungen Bundesrepublik legte Wirtschaftsminister Ludwig Erhard mit der sozialen Marktwirtschaft den Grundstein für den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aufstieg. Sein Buch *Wohlstand für alle* war das wortgewaltige Bekenntnis, dass allein die Marktwirtschaft Voraussetzungen für die Überwindung der Versorgungsmängel der Bürger schaffen kann.

Der Aufstieg mit Bildung als Schlüssel für Wohlstand wurde erst in den späten 1960er-Jahren des letzten Jahrhunderts von der sozialliberalen Regierung Brandt/Scheel eingeleitet. Aufstieg war somit nicht länger ein Phänomen weniger Privilegierter, sondern ermöglichte ein schichtenübergreifendes Vorankommen.

Die neue Regierungskoalition hatte den Anspruch, dass gesellschaftlicher und ökonomischer Aufstieg durch individuelle Leistung für jeden möglich sein sollte. Das Instrument dafür war unter anderem eine große Bildungsoffensive. Viele Hochschulgründungen fielen in diese Zeit, ebenso die Einführung des BAföG und die Erleichterung des Hochschulzugangs. Diese gesellschaftliche Öffnung war verbunden mit der Zusage, dass jeder alles werden könne, der individuelle Erfolg von der eigenen Leistung abhängig sei.

Doch wer zu der Einschätzung gekommen sein sollte, diese Phase der Emanzipation sei vor allem auf den sozialdemokratischen Koalitionspartner zurückzuführen, weil die SPD doch die Partei der Arbeiter war und deren gesellschaftlichen Aufstieg begünstigen wollte, der hat sich nie ernsthaft mit der Geschichte des Liberalismus beschäftigt.

DER LIBERALISMUS ERMÖGLICHTE GESELLSCHAFTLICHEN AUFSTIEG

Die Geschichte des deutschen Liberalismus ist eng mit dem gesellschaftlichen Aufstieg verbunden. Der Liberalismus war historisch gesehen eine Bewegung von unten. Seinen Ursprung hatte er hierzulande im Vormärz des 19. Jahrhunderts, als die Bürger gegen Verkrustung, Ständedünkel und Privilegien weniger aufbegehrten. Es war ein Aufstand für diejenigen Menschen, die bitterarm waren und deren Gesundheitsversorgung katastrophal war. Eine enorme Bevölkerungsentwicklung verschärfte die Situation. Allein zwischen 1800 und 1900 wuchs die Bevölkerung in den Grenzen des Deutschen Reiches von 24,5 Millionen auf 50,6 Millionen.² Bauernbefreiung und Freizügigkeit führten zu einer Sogwirkung in die Städte, die mit Hunger und Wohnungsnot einherging. Dieser Bevölkerungsentwicklung standen die Privilegien der Besitzstandswahrer im Wege: Berufsverbote, Zölle und staatliche Monopole verhinderten den Aufstieg aus dem Elend. So war die Ausübung eines Gewerbes ein Konzessionsrecht, das der jeweilige Landesherr vergab. Erst mit der Reichsgründung 1871 wurde die Gewerbefreiheit deutschlandweit gesetzlich verankert und zu einer entscheidenden Basis für den gesellschaftlichen Aufstieg breiter Schichten und die sukzessive Bekämpfung der Armut.

Auch das Eintreten Liberaler für den Freihandel diente der Bekämpfung der Armut. Der Liberale John Prince-Smith war der Begründer der Freihandelsbewegung im 19. Jahrhundert in Preußen und im Deutschen Reich. 1809 in London geboren, kam er als Lehrer für Englisch und Französisch nach Preußen, unterrichtete dort einige Jahre, gab diese Tätigkeit jedoch auf, um als Publizist volkswirtschaftlicher und politischer Schriften zu

arbeiten. Er gründete 1846 in Anlehnung an die Anti-Corn Law League der englischen Freihändler um Richard Cobden und John Bright den deutschen Freihandelsverein und versuchte zeit seines Lebens, die Freihandelsidee in Deutschland populär zu machen. Schutzzölle verhinderten den freien Warenaustausch und machten Getreide und damit Brot teuer. Viele Menschen verhungerten in dieser Zeit. Der Abbau von Zöllen diente daher im Wesentlichen den Armen und Mittellosen.

Die Erfüllung des Aufstiegsversprechens hing eng mit dem Ideal der Selbsthilfe zusammen. Es ging nicht mehr darum, Armut zu verwalten, sondern sie zu beenden. Es etablierte sich ein Do-it-yourself-Ethos, der Vorschuss-, Darlehens- und Konsumvereine hervorbrachte. Der Liberale Hermann Schulze-Delitzsch war der entscheidende Wegbereiter der Genossenschaftsidee. Sein politisches Engagement für die liberale Deutsche Fortschrittspartei im Reichstag führte zum ersten Genossenschaftsgesetz, dessen Grundlagen bis heute Gültigkeit haben. Die Liberalen waren der bürgerliche Teil der Arbeiterbewegung. Sie organisierten sich im Kongress deutscher Volkswirte. Ihr erster Vorsitzender Viktor Böhmert bezeichnete die Berufsfreiheit als »eines der ersten Menschenrechte – die Freiheit der Arbeit.«

Liberalen, die mit der Deutschen Fortschrittspartei und der späteren Deutschen Freisinnigen Partei eng verbunden waren, gründeten damals private Arbeitervereine, deren Anspruch es war, Bildung und Wissen zu vermitteln, um gesellschaftliche Unterschiede auszugleichen und wirtschaftlichen Aufstieg zu ermöglichen. Der Tüchtige könne so vom Arbeiter zum Unternehmer werden.

Das Parteiorgan *Freisinnige Zeitung* schrieb über das Selbstverständnis der Liberalen:

»... der Freisinn ist die Partei des kleinen Mannes, der sich auf sich selbst und seine eigenen Kräfte verläßt, der keine Geschenke von dem Staate verlangt, sondern nur wünscht, dass man ihn nicht hindere, seine Lage nach Kräften zu verbessern und dahin

.....
Die Erfüllung des Aufstiegs-
versprechens hing eng mit dem Ideal
der Selbsthilfe zusammen.
.....

© des Titels »Aufstieg« (ISBN 978-3-95972-417-3)
2020 FinanzBuch Verlag, ein Imprint der Münchner Verlagsgruppe GmbH, München
Nähere Informationen unter: <http://www.m-vg-verlag.de>

strebt, dass er seinen Kindern ein bessres Los hinterläßt, wie ihm selbst zuteil geworden ist.«³

Diese Selbstbeschreibung würde einer liberalen Partei auch heute noch gut anstehen.

.....
Der heutige Wohlfahrtsstaat behindert den gesellschaftlichen und ökonomischen Aufstieg.
.....

Der Liberalismus war schon immer eine Bewegung der Benachteiligten, der Unterdrückten und des Aufstiegs aus der Unmündigkeit. Der heutige Wohlfahrtsstaat ist dagegen neofeudalistisch. Er wirkt wie der

Obrigkeitsstaat des frühen 19. Jahrhunderts: Er verhindert die Überwindung der Armut, zementiert sie und behindert den gesellschaftlichen und ökonomischen Aufstieg.

DIE ABGABENBELASTUNG VERHINDERT DEN AUFSTIEG

Ein wesentlicher Grund dafür: Die Belastung für die Bürger bleibt historisch hoch. Und das ist nicht nur ein Befund für Gutverdiener. Paradoxerweise belastet der Staat den Geringverdiener höher als den Gutverdiener. Während jemand mit 7000 Euro Einkommen für eine Gehaltserhöhung eine Abgabenbelastung von 44 Prozent zu schultern hat, führt beim Mindestlohnverdiener die Gehaltserhöhung zu einer Abgabenbelastung von 47 Prozent. Von 100 Euro Zusatzverdienst können Mindestlohnverdiener lediglich 53 Euro behalten. Der Rest geht an den Finanzminister für Lohnsteuer und Soli mit 27 Prozent sowie an die Sozialversicherungen mit 20 Prozent.

.....
Gering- und Normalverdiener haben faktisch keine Chance, voranzukommen.
.....

Heute verhindert der Staat erneut den gesellschaftlichen Aufstieg. Gering- und Normalverdiener haben faktisch keine Chance voranzukommen. Sie sind im Abgabensumpf gefangen. Das ist unmoralisch.

Wie soll sich eine Kassiererin im Supermarkt, ein Auszubildender oder ein

© des Titels »Aufstieg« (ISBN 978-3-95972-417-3)
2020 FinanzBuch Verlag, ein Imprint der Münchner Verlagsgruppe GmbH, München
Nähere Informationen unter: <http://www.m-vg-verlag.de>

Industriearbeiter jemals finanziell verbessern, wenn am Ende des Monats nichts übrig bleibt und man wieder auf die Umverteilungsapparate des Staates angewiesen ist, die einem huldvoll die eine oder andere Wohltat zuweisen?

Und selbst wenn etwas übrig bliebe, gibt es völlig falsche Anreize für die Vermögensbildung in Deutschland. Notwendig wäre ein Volk von Aktionären, die Eigentum an Unternehmen halten. Stattdessen sind wir ein Volk ohne Eigentum und seit einigen Jahren auch ohne Zinseinkünfte, dem massenweise Altersarmut droht. Lediglich 20 Prozent der Bürger halten Aktien und wir haben international eine der schlechtesten Quoten an Wohneigentum.⁴ Ein Volk von Eigentümern würde die Selbstverantwortung stärken, das Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge fördern und durch bessere Renditen das Erfüllen der Wünsche und Träume jedes Einzelnen erreichbar machen. Stattdessen sind gewaltige Summen gebunden in dem Versprechen auf Rentenansprüche, die wohl kaum erfüllt werden können.

Wo ist das Aufstiegsversprechen gegenüber vielen kleinen Selbstständigen – ohne Stabsabteilung und Apparat? Für den türkischen Gemüsehändler, der durch die Bonpflicht gequält wird, die Stunden seines 450-Euro-Jobbers wöchentlich dokumentieren muss und den Müll in acht Fraktionen trennen und entsorgen soll; für den Freelancer, der sich gerade selbstständig gemacht hat und immer auf der Hut sein muss, nicht zum »Scheinselbstständigen« zu werden, weil er aktuell nur einen Auftraggeber hat und deshalb bald in der gesetzlichen Rentenversicherung zwangsversichert wird; und für die selbstständige Reinigungskraft, die nachmittags nicht arbeiten kann, weil sie als alleinerziehende Mutter keine Betreuungsmöglichkeiten für ihr Kind bekommt, aber es partout allein schaffen will? Denn die öffentlich organisierte Kinderbetreuung versagt, während der Mutter zugleich nicht genug Geld vom Gehalt übrig bleibt, um selber einen Betreuungsplatz zu finanzieren.

BILDUNG ALS SCHLÜSSEL FÜR DEN AUFSTIEG

Wo ist das Aufstiegsversprechen in der Bildung? Kann es für Kinder aus bildungsfernen Schichten erfüllt werden? Erfüllt unser überwiegend staatlich organisiertes Bildungssystem diesen Anspruch? Wie kann es sein, dass das mit erheblichen öffentlichen Mitteln ausgestattete Schulsystem immer noch daran scheitert? Fachfremde Vertretungsregelung und Stundenausfall schaden gerade den benachteiligten Kindern. Sie haben meist keine Möglichkeit, privat finanzierte Nachhilfe zu erhalten. Und die Selbsthilfe im Sinne eines Schulze-Delitzsch ist durch den staatlichen Paternalismus erloschen. Gerade während der Corona-Pandemie wird das Versagen des Staates im Bildungsbereich offensichtlich. Wenn Kinder wochenlang nicht in die Schule gehen können und Online-Unterricht in den meisten Schulen ein absolutes Fremdwort ist, dann liegt etwas im Argen. Der Grund dafür ist der Bildungszentralismus, der Eigeninitiative im Keim erstickt.

.....
**Der Bildungszentralismus erstickt
Eigeninitiative im Keim.**
.....

Lehrer sind im Idealfall gute Pädagogen. Sie haben sich im Rahmen eines Studiums Wissen angeeignet und können es vermitteln. Lehrer sind aber meist keine guten

Manager. Wären sie es, dann hätten sie womöglich nicht Pädagogik, sondern Betriebswirtschaftslehre oder Ähnliches studiert. In unserem Schulsystem müssen Pädagogen aber häufig beides sein: Pädagogen und Manager, insbesondere dann, wenn Pädagogen zu Schulleitern oder stellvertretenden Schulleitern berufen werden, denn dann dreht sich das Verhältnis um. Sie sind dann in erster Linie Manager und in zweiter Linie Pädagogen. Sie müssen sich um neue Lehrer, Vertretungsregelungen und das Schulessen kümmern, aber auch für eine gute IT-Ausstattung sorgen und deren Betreuung organisieren. Sie müssen sich mit ihrem Schulträger, meist der Kommune, auseinandersetzen, um die Instandhaltung, die Sanierung und die Erweiterung der Gebäude und Ausstattung zu erreichen. Und sie müssen sich mit dem Schulministerium und den Schulämtern über Personal und Inhalte streiten. Eigentlich ist eine weiterführende Schule, sei es Gymnasium,

© des Titels »Aufstieg« (ISBN 978-3-95972-417-3)
2020 FinanzBuch Verlag, ein Imprint der Münchner Verlagsgruppe GmbH, München
Nähere Informationen unter: <http://www.m-vg-verlag.de>

Gesamt-, Real- oder Hauptschule, ein mittelständisches Bildungsunternehmen, das aber leider oft unprofessionell gemanagt wird.

Dies liegt an der mangelnden Autonomie der Schule. Sie verfügt nicht über ein eigenes Budget, mit dem sie Personal- und Sachausgaben bezahlen könnte. Jeder öffentlichen Schule wird diese Aufgabe von der Kommune und dem Land abgenommen. Um die Mittelverwendung zu kontrollieren, regiert ein Schulministerium mit Rundschreiben, Erlassen und personeller Aufsicht in den Bezirksregierungen und Schulämtern meist bis in die einzelne Schule hinein. Fehlentscheidungen sind so vorprogrammiert, da das Land nicht individuell auf jede Schule eingehen kann. Aber auch Eigeninitiative wird so vor Ort untergraben und verhindert.

Eigentlich brauchte es hier eine Reform an Haupt und Gliedern. Warum werden Schulen nicht von Managern geführt, die dazu ausgebildet wurden? Neben pädagogischen Führungskräften könnte auch eine betriebswirtschaftliche und eine technische Ebene für mehr Effizienz und Professionalität in der Schule sorgen. Dies würde aber erfordern, dass Landesparlamente und Landesregierungen Schulen in die Eigenständigkeit und Freiheit entlassen würden. Nicht immer neue Schulversuche, Modellprojekte und starre Lehrpläne wären hier angesagt, sondern eine Budgetierung aller Schulen mit weitgehender Personal- und Kostenverantwortung vor Ort.

Gleichzeitig könnten über Bildungsgutscheine die Nachfrageseite gestärkt und Schüler und Eltern als Kunden verstanden werden. Doch in vielen Bundesländern existieren sogar Schuleinzugsbezirke, die die Auswahl der Schule zusätzlich erschweren.
Anders als im derzeitigen System würde so **Deutschland fällt als**
nicht nur Mittelmaß erzeugt, sondern grö- **Bildungsnation zurück.**
ßere Differenzierung möglich und damit
eine zielgenauere Förderung der Talente. Ein besseres Management, bessere Pädagogen und eine bessere Mittelverwendung würden die eine Schule gegenüber der anderen attraktiver machen. Es würden Leuchttürme entstehen, an denen man sich orientieren könnte. Es würde sich ein Wettbewerb zum Guten entwickeln. Auch für die Lehrer wäre dies attraktiv. Sie könnten sich auf das konzentrieren, was sie gelernt haben und was sie

© des Titels »Aufträge« (ISBN 978-3-95972-417-3)
2020 FinanzBuch Verlag, ein Imprint der Münchner Verlagsgruppe GmbH, München
Nähere Informationen unter: <http://www.m-vg-verlag.de>

eigentlich machen wollen: Kinder und Jugendliche bilden, erziehen und ihnen möglichst Vorbilder sein.

Beste Bildung ist auch eine Frage der Investitionen. In den letzten zehn Jahren sind die Bildungsausgaben relativ zur Wirtschaftsleistung allerdings nicht gestiegen, sondern sogar gefallen. Dabei reden fast alle Parteien davon, mehr Geld in den Bildungssektor zu investieren. Doch ein wirklicher Paradigmenwechsel findet nicht statt. Das ist ein Armutszeugnis für ein Land, das für seine Dichter und Denker, Tüftler und Techniker international gerühmt wird. Doch der Bildungserfolg ist nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch des effizienten Mitteleinsatzes. In der deutschen Bildungsbürokratie herrscht das Denken des Zentralismus. Computer und Software werden zentral bestellt und die Leistung beim Abitur wird über eine zentrale Prüfung abgefragt. Lehrer werden nicht nach Leistung bezahlt, können nicht entlassen werden und die Schulleitung hat keine disziplinarischen Möglichkeiten bei Minderleistung. Alles das führt dazu, dass Deutschland als Bildungsnation zurückfällt. Vielleicht sollte das Bildungsideal Wilhelm von Humboldts wieder eine stärkere Rolle spielen. Er sagte über die Rolle von Staat und Bildung: »Die Staatseinrichtung an sich ist nicht Zweck, sondern nur Mittel zur Bildung der Menschen.«⁵

EIN VOLK VON EIGENTÜMERN

Bildung ist der Schlüssel zum gesellschaftlichen Aufstieg – aber nicht nur, auch die Vermögensbildung macht den Einzelnen unabhängig von staatlicher Willkür. Der Anspruch: »Unseren Kindern soll es einmal besser gehen« ist ein entscheidender Antrieb für die Vermögensbildung. Eltern wollen ihren Kindern etwas überlassen. Sie sollen bessere Startbedingungen haben als ihre Eltern. Doch der Staat verhindert das. Der Sparer wird derzeit an mehreren Fronten angegriffen. Die geplante Finanztransaktionssteuer der Großen Koalition schadet insbesondere bei langfristigen Sparprozessen. Gerade bei der Anlage in Aktienfonds – seien sie an einen Index gebunden oder aktiv gemanagt – zahlt der Anleger bei jeder Umschichtung. Die Befürworter argumentieren zwar, dass dies nur kleine Summen sind,

doch langfristig werden aus diesen kleinen Summen leicht fünfstellige Beträge, die bei der eigenen Altersvorsorge fehlen.

Darüber hinaus führt die Zinspolitik der EZB zur kalten Enteignung von Arbeitnehmern in Deutschland. Denn diese sparen im Wesentlichen in Schuldpapieren, die eigentlich Zinsen abwerfen sollten. Drückt die Notenbank durch ihre Aufkäufe die Rendite und den Zins dieser Anleihen, dann können diejenigen, die in diese Zinspapiere investieren, logischerweise auch keine Erträge erwarten. Das betrifft nicht die ganz Armen, aber auch nicht die ganz Reichen in diesem Land. Es betrifft in erster Linie die Normalsparer, also die Mitte der Gesellschaft. Wer konservativ spart, in Lebensversicherungen, Festgelder und Bausparverträge sein Geld anlegt, verliert.

Die Vermögensbildung macht den Einzelnen unabhängig von staatlicher Willkür.

Gleichzeitig steigen die Preise der Vermögensgüter, zum Beispiel im Immobiliensektor, stark an. Denn dort fließt das billige Geld der Notenbanken hinein. Die konsumfernen Wirtschaftszweige profitieren zuerst davon und so steigen deren Vermögenswerte durch die erhöhte Nachfrage. Gleichzeitig zahlen diejenigen, die in Ballungszentren wie München, Stuttgart oder Düsseldorf zur Miete wohnen, dafür mit einem immer höheren Anteil ihres Arbeitnehmereinkommens.

Dies ist nur einer der Kollateralschäden, die das billige Geld der Notenbanken produziert. Seit dem Tiefpunkt an den Wertpapierbörsen 2009, als die EZB den Leitzins in mehreren Schritten auf 0 Prozent senkte, stieg der Deutsche Aktienindex DAX um mehr als das Dreifache. Immer wieder wollen Finanzminister daran partizipieren und schlagen vor, die Kapitalertragsteuer von 25 Prozent abzuschaffen und die Besteuerung der normalen Einkommensteuer zu unterwerfen. Einige halten das für gerecht. Wieso soll die niedrigere Kapitalertragsbesteuerung dem Einkommensteuertarif mit seiner Besteuerung in der Spitze von 45 Prozent nicht angepasst werden?

Doch letztlich wäre diese Änderung unsozial und ungerecht. Gerecht wäre es, wenn Einkünfte jeglicher Art zu jedem Zeitpunkt gleich besteuert und der Weg von Gering- und Mittelverdienern in den Aktienmarkt nicht verhindert wird. Gerecht wäre es auch, wenn die Regierung nicht die Bür-

© des Titels »Aufstieg« (ISBN 978-3-95972-417-3)
2020 FinanzBuch Verlag, ein Imprint der Münchner Verlagsgruppe GmbH, München
Nähere Informationen unter: <http://www.m-vg-verlag.de>

ger in bestimmte Anlageformen lenkt oder zwingt. Eine verpflichtende Altersvorsorge für Selbstständige gehört dazu. Das wäre fatal. Es würde die Zahl der Existenzgründer in Deutschland weiter reduzieren. Denn wer schon von Beginn seiner Selbstständigkeit an 300, 400 oder 500 Euro pro Monat in eine Lebensversicherung sparen muss, fängt erst gar nicht an, seine unternehmerische Idee hier umzusetzen, sondern wandert gleich aus.

Ein gerechtes Steuersystem, das Sparen nicht diskriminiert, sieht anders aus. Es würde Einkünfte jeglicher Art nur dann besteuern, wenn sie für den Konsum verwandt werden würden. Denn in unserem aktuellen Steuersystem führt selbst eine Kapitalertragsteuer von 25 Prozent bei langen Sparprozessen zu einer Kumulation der Besteuerung. Der Vereinfachung halber lassen wir den Solidaritätszuschlag einmal weg.

Ein Beispiel: Wer heute ein zu versteuerndes Einkommen von 40 000 Euro im Jahr hat und einmalig 1000 Euro zur Seite legen kann, hat diesen Betrag bereits mit seiner Lohnsteuer versteuert. Angenommen, dieser Sparer hat einen durchschnittlichen Einkommensteuersatz von insgesamt 25 Prozent. Bei einem Betrag von 1000 Euro hätte er also 333 Euro Steuern zahlen müssen. Hätte er es nicht versteuern müssen, weil er nicht heute, sondern erst zu Beginn seines Ruhestandes in 40 Jahren konsumieren will, hätte er 1333 Euro anlegen können. Wir unterstellen, er legt diese 1333 Euro in Dividendenpapiere an und erzielt eine Dividendenrendite von 3 Prozent pro Jahr, die er gleich wieder reinvestiert.

In einer Welt ohne Steuern könnte er zu Beginn seines Lebensabends 4349 Euro erwarten. Investiert er aus versteuertem Einkommen 1000 Euro (1333 – 25 Prozent) und seine jährlichen Zinserträge von 3 Prozent werden mit der Kapitalertragsteuer von 25 Prozent pro Jahr (3 – 25 Prozent = 2,25 Prozent) besteuert, dann hat er in 40 Jahren lediglich 2435 Euro angespart. Die Differenz von 1914 Euro sind seine gezahlten Steuern. Das entspricht, obwohl es eine Kapitalertragsteuer von »nur« 25 Prozent gibt, einer steuerlichen Belastung von 44 Prozent. Hätte er heute konsumiert und nicht in 40 Jahren, wäre er steuerlich besser gefahren.

Die Antwort auf diese Diskriminierung muss sein, Sparvorgänge nachgelagert und nicht fortlaufend zu besteuern. Das gibt es zwar in Ansätzen bei der betrieblichen Altersvorsorge und beim Riester- und Rürup-Sparen

schon, nur drängt dort die Regierung die Sparer in die Kapitalvernichtung, da diese Anlageformen überwiegend in Staatsanleihen investieren müssen, deren Verzinsung durch die EZB vernichtet wird.

Der Liberale John Stuart Mill hat dies bereits im 19. Jahrhundert kritisiert, als er sagte:

»Denn was gespart und fest angelegt wird, zahlt künftig Einkommensteuer von den Zinsen oder Gewinnen, die es bringt, trotzdem dass es bereits als Kapital besteuert worden ist. Wenn daher Ersparnisse von der Einkommensteuer nicht ausgenommen werden, werden die Steuerzahler von dem, was sie sparen, doppelt, und dagegen nur einmal von dem, was sie ausgeben, besteuert. Der so zum Nachteile der Vorsorglichkeit und der Wirtschaftlichkeit geschaffene Unterschied ist nicht nur unpolitisch, sondern auch ungerecht.«⁶

Daher wäre ein Vorsorgekonto für jedermann sinnvoll, welches jeder aus seinem Brutto besparen kann und erst in der Entnahmephase besteuert wird. Später sollte dies dann der persönlichen Einkommensteuer unterliegen. Das würde Anreize setzen, zu sparen. Vorgaben wie Beitragsgarantie, Mindestverzinsung oder Vererbbarkeit sollten entfallen. Jeder Anleger ist anders, hat eine andere Lebenssituation oder andere Präferenzen. Der Staat sollte sich in die individuellen Lebensentwürfe daher nicht einmischen. Das würde Anreize setzen, zu sparen.

DER SOZIALSTAAT VERHINDERT DEN AUFSTIEG

Der moderne Sozialstaat, der als Wohlfahrtsstaat daherkommt, ist eine preußische Erfindung. Der preußische Staat war ein Flickenteppich. Die Identität der Bürger mit diesem unzusammenhängenden Staatsgebilde versuchten die preußischen Herrscher mit einem zur damaligen Zeit hohen Grad der Fürsorge zu erreichen. Von der Erziehung bis zur Feuerversiche-